

Junge Klimaaktivisten beschützen, nicht verfolgen und kriminalisieren!

Die Delegiertenkonferenz 2023 von terre des hommes hat ein strategisches Ziel zur Unterstützung junger Umweltaktivist*innen beschlossen. Vor diesem Hintergrund sind wir über das weltweite Phänomen der Verfolgung und Kriminalisierung junger Klimaaktivist*innen beunruhigt.

Nach Angaben von Global Witness wurden im Jahr 2021 200 Land- und Umweltaktivist*innen getötet. Viele weitere Fälle von Tötungen und Verfolgungen von Umweltaktivist*innen werden nicht oder nur unzureichend berichtet. Es gibt zahlreiche Beispiele, worüber Partnerorganisationen von terre des hommes in Asien, Afrika, Europa und Lateinamerika informieren:

- In **Nepal** hatte Dilip Mahato eine Zeit lang gegen den illegalen Abbau von Flussmaterial in seiner Gemeinde protestiert. Am 10. Januar 2020 wurde er während seines Protestes auf dem Gelände der örtlichen Brecheranlage von Fabrikarbeitern brutal ermordet und von einem Kiplaster überfahren.
- In **Simbabwe wurden** im Rahmen eines von terre des hommes unterstützten Projekts Dorfvorsteher Chiyadzwa und Mitglieder des Umweltjugendclubs verhaftet, weil sie an einem Minentor protestierten und Klima- und Umweltverstöße anführten.
- In **Deutschland** werden Klimabewegungen und Aktivisten regelmäßig kriminalisiert, so auch Charlie Kiehne und Samuel Bosch, die ihr Leben der ökologischen Kampagnenarbeit gewidmet haben. Sie errichteten und bewohnten das Klimacamp direkt im Altdorfer Wald in Süddeutschland. Neben ihrer Aufklärungsarbeit zum Klimawandel nutzen sie zivilen Ungehorsam und gewaltfreien Widerstand als Mittel ihres Protests. Bei der Besetzung eines Bannwaldes wurde gegen sie ein Strafbefehl erlassen, nun droht ihnen eine Strafanzeige.
- In **Chile und Argentinien werden** Jugendliche des indigenen Volkes der Mapuche systematisch kriminalisiert, weil sie ihre traditionellen Territorien gegen Bergbauunternehmen und die Ausbeutung fossiler Rohstoffe verteidigen. Die lateinamerikanischen Staaten haben jedoch das Escazú-Abkommen verabschiedet, das das Recht auf Zugang zu Umweltinformationen und auf Beteiligung an umweltpolitischen Entscheidungen garantiert. Vor allem aber verpflichtet es die Staaten, Angriffe auf Umweltschützer zu verhindern und zu untersuchen.

Im Jahr 2022 erkannte der UN-Menschenrechtsrat in seiner Resolution 48/13 unmissverständlich das **Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt** für alle Menschen an. Umweltaktivisten sind Menschenrechtsverteidiger. Zum 25. Jahrestag der UN-Erklärung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern im Jahr 2023 fordern die Delegierten von terre des hommes die Staaten auf, Umweltschützer zu schützen, anstatt sie zu kriminalisieren, zu verfolgen, zu foltern und zu töten.

Der Kampf gegen die Klimakrise bedeutet, das Leben zu verteidigen - das Leben der Menschen und der Natur.